

Österreichs neue Entwicklungspolitik: Hoffnung für die Globale Zusammenarbeit!

Österreichs NGOs begrüßen die neuen Regierungspläne zur internationalen Entwicklung und fordern verstärkte Hilfsmaßnahmen für den Globalen Süden.

Wien, Österreich - Die internationalen Gemütslagen zeigen klare Veränderungen: Die neuesten Regierungspläne Österreichs zur internationalen Entwicklung werden von NGOs als positiver Schritt gewertet. Die AG Globale Verantwortung gratuliert der neuen Außenministerin Beate Meini-Reisinger zur Amtsübernahme und hebt hervor, wie entscheidend diese Pläne in einer Zeit geopolitischer Unruhen sind. Lukas Wank, Geschäftsführer der AG, betont die Dringlichkeit, den Zusammenhalt mit benachteiligten Menschen im Globalen Süden zu stärken und aktiv an einer regelbasierten Weltordnung mitzuwirken, wie **Kathpress berichtete**.

Wichtige Vorhaben der neuen Regierung

Besonders hervorzuheben ist die Fortführung des Auslandskatastrophenfonds sowie das Bekenntnis, 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungshilfe bereitzustellen. Stefan Fritz, Geschäftsführer von Hilfswerk International, bezeichnet die Beibehaltung des Auslandskatastrophenfonds als wichtiges Signal in Anbetracht der globalen Krisen, die immer länger andauern. Über 305 Millionen Menschen weltweit benötigen dringend humanitäre Hilfe, und gleichzeitig verschärfen sich die internationalen Finanzierungslücken, insbesondere durch Kürzungen von US-

Hilfen. „Die frühzeitige Ausschüttung dieser Mittel ist eine Bedingung für erfolgreichen Einsatz“, appelliert Fritz weiter. Die Ziele der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit beinhalten nicht nur Akuthilfe, sondern auch die Bekämpfung von Armut und den Schutz von Klima und Umwelt. Diese Prioritäten sind jetzt wichtiger denn je, da Unternehmen und NGOs gleichzeitig für Veränderungen in der globalen Lieferkette Druck machen, wie auf der Website des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (**BMZ**) betont wird.

Für einen effektiven Wandel sieht Eder von Horizont 3000 zukunftsfähige Projekte in den Bereichen Gesundheit, Ausbildung und nachhaltige Landwirtschaft als zentral an. Eine Warnung kommt auch von Veronika Schippani-Stockinger, Bundesvorsitzende der Katholischen Jungschar, die die Wichtigkeit des EU-Lieferkettengesetzes unterstreicht und die Regierung zum Handeln auffordert. „Die Zukunft von Millionen Kindern steht auf dem Spiel“, warnt sie und fordert, dass dies nicht zu einem Rückschlag für Unternehmen werden darf, die sich für die Einhaltung von Sorgfaltspflichten einsetzen.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.kathpress.at• www.bmz.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at